

Rot-Rot-Grün gestaltet bildungsgerecht

Landtag beschließt Gesetzentwurf über Schulen in freier Trägerschaft

Der Thüringer Landtag hat am 10. September den Gesetzentwurf der Landesregierung über Schulen in freier Trägerschaft beschlossen. In der Debatte hatte für die Fraktion DIE LINKE deren bildungspolitischer Sprecher Torsten Wolf das Wort ergriffen. Folgend Auszüge aus seiner Rede.

Nach langer und intensiver Beratung sind wir heute auf der Zielgeraden des Gesetzes, welches Thüringen im Bereich der schulischen Bildung stärken wird, den Schulen in freier Trägerschaft Planungssicherheit schafft und eine transparente und auskömmliche Finanzierung sicherstellt.

Das sind 500 Euro pro Schüler mehr, ein großer Kraftakt

Von daher wird dieses Gesetz dem Urteil des Landesverfassungsgerichts vom letzten Jahr ebenso gerecht, wie es dem Koalitionsvertrag entspricht und die weitgehend berechtigten Forderungen der Schulträger an die CDU-geführte Landesregierung von 2009 und 2014 auch umsetzt. Wir alle erinnern uns auch noch gut an die Proteste der freien Träger im Jahr 2011, die hier vor dem Landtag standen. Da standen Hunderte Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, die berechtigterweise aufgebracht waren, und forderten Bildungsgerechtigkeit auch für ihre Schulen.

Meine Fraktion unterstützte damals die Proteste und die frühere bildungspolitische Sprecherin Michaela Sojka wies eindringlich darauf hin, dass die Existenz der freien Schulen gefährdet ist. Das war CDU-Politik der Jahre 2009 bis 2014 im Bereich Bildung. Kürzungen und Stellenabbau zulasten der Kinder – diese Entwicklung haben wir, Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit der Einstellung von 600

Lehrerinnen und Lehrern im staatlichen Schulbereich und dem heute zu beschließenden Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft umgekehrt. Sie sehen heute keine demonstrierenden Schülerinnen und Schüler draußen. Die öffentliche Kritik am Gesetz ist auf einen Punkt zusammengeschnitten. Und aus vielen Einzelgesprächen mit Trägern, aus der Anhörung hier im Bildungsausschuss und aus Zuschriften wurde klar: Rot-Rot-Grün gestaltet Thüringen Stück für Stück sozial und gerecht, hier bildungsgerecht. Wir legen heute ein Gesetz vor, welches im Finanzhilfsjahr 2015 allein 12,4 Millionen Euro mehr zur Verwendung des Bildungsauftrags der freien Schulen zur Verfügung stellt.

Das sind, um es nur noch mal deutlich zu machen, 500 Euro im Schnitt pro Schüler mehr. Ein großer Kraftakt, wie ich meine. Zumal, wenn man die derzeitigen zusätzlichen Herausforderungen in der Gesellschaft und im Bildungsbereich berücksichtigt. Die Finanzierung ist bis 2019 gesichert und die jährlichen Steigerungsraten von 1,9 Prozent geben den Trägern Planungssicherheit und Berechenbarkeit.

Eher das Voß'sche Spardiktat, nicht die Moring'sche Wundertüte

Ich selbst habe weder in meinen vielen Gesprächen mit den Trägern noch in der Anhörung hier im Landtag ein Wort der Kritik an unserem Gesetzesvorschlag gehört. Im Gegenteil: Die Träger haben deutlich gemacht, dass die Auskömmlichkeit damit gesichert ist und sie in einer schwierigen Haushaltssituation, das ist den Trägern durchaus bewusst, das auch mittragen. In Richtung der CDU und ihrem 3-Prozent-Vorschlag sage ich, das wäre natürlich für die Träger eine komfortablere Ausstattung. Aber, und das haben die freien Schulen natürlich nicht

vergessen, wenn die Realisierung, die haushalterische Absicherung, im Mittelpunkt steht, Sie also noch regieren würden, dann wäre wohl eher das Voß'sche Spardiktat und nicht die Moring'sche Wundertüte weiter Maßstab des Handelns der CDU. (...) Das ist ein echter Kraftakt, welchen wir stemmen. Dieser wird umso deutlicher, wenn man die aktuelle Entwicklung bedenkt, die wir bei der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stemmen werden.

Gelingende Integration bereichert uns alle

Aus vielen Gesprächen und auch aus der Anhörung zum Gesetz ist uns bekannt, dass sich viele Träger mit auf den Weg machen, Kinder aus Flüchtlingsfamilien zu integrieren. Wir wissen aus dem Bereich Inklusion über lange Jahre, dass es die freien Träger waren, die die Inklusion als erste mit Leben füllten, lange vor der UN-Konvention 2009.

Gelingende Integration bereichert uns alle. Die Schulen im Land sind, unabhängig von der Trägerschaft, derzeit alle gefordert, beste Lernbedingungen für alle Kinder sicherzustellen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn von der Landesarbeitsgemeinschaft ein klares Signal in diese Richtung ausgeht – deutlich mehr Integration auch von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in die freien Schulen.

(...) Wir haben auch ein wichtiges Signal in Richtung mehr Gerechtigkeit zwischen den Lehrkräften im staatlichen Schulbereich und den freien Trägern erreicht. (...) Wir haben ein gutes Stück des Wegs für gerechte Bildung, für bessere Bedingungen in der Bildung, für alle Kinder, egal welcher Trägerschaft sie unterliegen, geschafft.

VON A BIS Z:

Öffentliches WLAN

„Auch wenn die Überschriften überall anders lauten: Mit dem Gesetzentwurf zur Störerhaftung werden keine offenen WLANs geschaffen!“ Darauf machte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, zum im Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf aufmerksam. „Die Hürden und Vorschriften sind im Vergleich zu früheren Entwürfen nur minimal geändert worden. Die nun erfolgte Gleichstellung von nicht-kommerziellen und kommerziellen Anbietern ist gewiss ein Fortschritt. Aber die Anforderung, unberechtigte Personen von der Nutzung des Netzwerkes fernzuhalten, widerspricht bereits mit aller Deutlichkeit dem Ziel, offene Netze zu schaffen. Zwar können nun einige Anbieter mit geringfügig verbesserter Rechtssicherheit öffentlich Zugang zum Internet gewähren, doch in der Masse ändert sich nichts.“

So, wie der Gesetzentwurf derzeit konzipiert sei, helfe er vor allem den großen Internetanbietern, ihre Vormachtstellung auch auf die öffentlichen WLAN-Netze zu erweitern. „Offene Zugänge bleiben Mangelware und der Zugang zu mobilem Internet bleibt in erster Linie eine Frage des Geldbeutels“, sagte die LINKE-Politikerin. Damit helfe man möglicherweise dieser Branche, verhindere aber digitalen Fortschritt in anderen Bereichen, wie die geäußerte Kritik auch aus Wirtschaftskreisen zeige.

„Die Anforderung, das WLAN zu verschlüsseln, widerspricht dem Anliegen, offene Netze anbieten zu können“, so Katharina König.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstermine des Thüringer Landtags sind bis zum Jahresende, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt vom 30. September bis 2. Oktober, vom 4. bis 6. November, vom 25. bis 27. November sowie vom 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Gewerbe

In Thüringen kamen im ersten Halbjahr 2015 auf 10.000 Einwohner 30 Gewerbebeanmeldungen und 34 Gewerbeabmeldungen. Wie das statistische Landesamt mitteilte, wurden die meisten Gewerbebeanmeldungen je 10.000 Einwohner in Weimar (41) sowie in Erfurt und im Landkreis Nordhausen mit je 39 Anmeldungen angezeigt und die wenigsten im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Hildburghausen mit je 21 Anmeldungen je 10.000 Einwohner.

Die geringsten Abmeldungen je 10.000 Einwohner gab es in den Landkreisen Eichsfeld (24), Sömmerda (25) sowie im Wartburgkreis (26), die meisten in der Stadt Suhl (53), sowie in den Städten Gera und Jena mit je 46 Anzeigen.

Doppelhaushalt

Thüringen will in den nächsten beiden Jahren die Tilgung von Landes-schulden aussetzen, um trotz hoher Flüchtlingskosten einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen. „Wir haben uns dazu angesichts der schwierigen Situation entschlossen“, sagte Finanzministerin Heike Taubert (SPD) gegenüber dem MDR. Festhalten wolle die rot-rot-grüne Koalition am Ziel, beim Doppelhaushalt 2016/2017 ohne neue Schulden auszukommen. Dies sei nur mit einem „einmaligen Kraftakt“ zu erreichen“. Das Land werde die Rücklage in Höhe von 240 Millionen Euro sowie die von der EU zurückerstatteten 81 Millionen nutzen. Die erhöhte Grunderwerbssteuer werde 30 Millionen Euro bringen.

Gesundheitspersonal

Ende 2013 wurden insgesamt 130.000 Beschäftigte im Thüringer Gesundheitswesen gezählt. Das waren nach aktueller Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 13.000 bzw. 11,4 Prozent mehr Beschäftigte als fünf Jahre zuvor. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei der Pflegebereich, hier kamen seit dem Jahr 2008 rund 2.100 Beschäftigte (31,2 Prozent) und in den stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen 3.100 Beschäftigte (22,8 Prozent) hinzu. Damit wurden bis 2013 im Thüringer Gesundheitswesen 39 Prozent aller neuen Stellen im Pflegebereich geschaffen. Im Jahr 2013 waren 78 Prozent aller Beschäftigten im Thüringer Gesundheitswesen Frauen.